



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0895890

P/XIII/227 - 6. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Worauf es ankommt Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin	83
3 - 4	Italien und der Sieg de Gaulles Rom lebt nicht "von der Gnade der Fallschirmjäger."	71
5 - 6	Theorie und Praxis Bundesinnenminister Dr. Schröder auf der Schulbank	70
7	Zwei Appelle Physiker und evangelische Christen gegen die Atomrüstung	36
8	Endlich: Ermittlungsstelle für KZ-Verbrecher Ein begrüßenswerter Beschluß der Länderjustizminister	44

* * * * *
* * *

Worauf es ankommt!

Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin

Die Berliner Tagung des Deutschen Bundestages ist vorüber. Mit dem Gros der Abgeordneten sind auch die Mitglieder der Bundesregierung wieder nach Westdeutschland gefahren. Sie haben sich an Ort und Stelle erneut davon überzeugen können, daß die bisher nach Berlin geflossenen Gelder der westdeutschen Steuerzahler nicht hirausgeworfen, sondern sinnvoll angelegt worden sind. Mehr noch: sie haben sich auch davon überzeugen können, daß noch vieles in unserer Stadt zu tun übrigbleibt - vieles, das wir beim besten Willen nicht allein schaffen können.

Berlin bleibt deshalb, und ich hoffe, daß dies sowohl die Mitglieder des Bundestages als auch die der Bundesregierung als Überzeugung erneut mit nach Westdeutschland genommen haben, eine nationalpolitische Aufgabe. Die Stadt bleibt es, nicht nur weil sie - vom Bundestag mit überwältigender Mehrheit so beschlossen und der ganzen Welt verkündet - die Hauptstadt Deutschlands, des ganzen Deutschlands ist, sondern weil sich in ihren Mauern das gesamtdeutsche Schicksal entscheiden wird.

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob die Debatte und die Entschließung des Bundestages zum Flüchtlingsproblem und zur Lage in der Zone den entsprechen, was gegenwärtig möglich und erforderlich war. Immerhin wollen wir dankbar anerkennen, daß ein Schritt nach vorn getan wurde. Am Rande der Bundestagssitzung sind auch zahlreiche Berliner Probleme erörtert worden.

Berlin ist in einem neuen Sinne zur Hauptstadt der deutschen Nation geworden. Berlin war und ist die Hauptstadt des deutschen Widerstandes: Das Aufbegehren gegen den Wahnsinnigen der braunen Gewaltherrschaft, das Überwinden der unmenschlichen Blockade, der Aufstand des 17. Juni 1953 haben die Welt stets aufhorchen lassen. Große Namen kennzeichnen diese Entwicklung in unserer Stadt und diese Rolle Berlins. Ein Name sei für viele andere genannt - der Ernst Reuters, dessen wir ehrend gedachten, als sein Todestag sich am 29. September zum fünften Male jährte.

Möge die Parlamentarier aus dem deutschen Westen gespürt und gefühlt haben, wie der Geist dieses großen Menschen und bedeutenden Staatsmannes, der vom Stuhl eines Bürgermeisters aus die Welt aus den Angeln zu heben versuchte, auch heute in Berlin lebt. Ströme der Zuversicht, des Glaubens und des Wollens strahlen aus von den Gräbern derer, die uns in schwerster Zeit den Weg wiesen - Ströme, die uns stets aufs neue die Kraft vermitteln, den Künften und den Sorgen des grauen Alltags die Stirn zu bieten und darüber hinaus immer neue Aufgaben zu stellen. Wir Sozialdemokraten sind unendlich stolz darauf, daß diese Stadt in dieser ungewöhnlich schwierigen Zeit von Sozialdemokraten geführt wurde und geführt wird - wobei wir gewiß nicht übersehen wollen, daß Berlin nur im Zusammenwirken mit allen Kräften guten Willens gehalten und aufgebaut werden konnte.

Wo immer wir als Sozialdemokraten im politischen, im wirtschaftlichen, im gesellschaftlichen Leben auch hingestellt sein mögen, den

Geist der ersten Nachkriegsjahre wachhalten und das Erbe Ernst Reuters in seinem Geist verwalten - das ist eine unserer wesentlichsten Aufgaben.

*

Laßt uns vor allem den Sinn für das Wesentliche bewahren. Das gilt insbesondere für die kommenden Wochen des Wahlkampfes. Daß es sich am 7. Dezember nicht um "Bundestagsnachwahlen" handeln kann, dürfte sich in Berlin inzwischen herumgesprochen haben. Wer meint, den Wahlkampf in unserer Stadt mit der Parole "Für oder gegen Adenauer" führen zu können, ist - und das dürfte sich spätestens am 6. Dezember zeigen - schlecht beraten. Der Bundeskanzler war einmal Bürgermeister, aber er kandidiert nicht in unserer Stadt. Deshalb mögen sich seine politischen Freunde auch in seinem Interesse etwas Besseres einfallen lassen, als daß sie diesen Namen in unserer Stadt in einem Wahlkampf strapazieren, in dem es in Wirklichkeit um etwas anderes geht.

Im Übrigen benötigen wir Berliner Sozialdemokraten von keiner Seite und von niemandem Nachhilfeunterricht in "bündestreuen" Verhalten. Wir wissen sehr genau, wo wir als Berliner im gespaltenen Deutschland und in den weltweiten Auseinandersetzungen zu stehen haben.

Wer andererseits allerdings glaubt, es ginge an, die kommende Wahlauseinandersetzung in Berlin zu einem Meinungsstreit darüber zu degradieren, wann, wo und in welchem Ausmaß in Zukunft Straßenlaternen errichtet werden sollen, läßt in erschreckendem Maße eine politische Bedürfnislosigkeit erkennen. Es wird vielmehr darauf ankommen, dem Volk von Berlin nachdrücklich klarzumachen, daß der Wiederaufbau in unserer Stadt auf allen Gebieten des Lebens mit den bisher bewährten Kräften und Mitteln fortgesetzt werden muß - fortgesetzt werden muß nicht allein um unserer selbst, sondern um ganz Deutschland willen.

Wir Sozialdemokraten fühlen uns in Erfüllung dieser Aufgabe allen Berlinern verpflichtet. Wir sind überzeugt davon, daß uns unsere Mitbürger ihre Unterstützung nicht versagen werden. Und deshalb sehen wir den kommenden Wochen mit ruhiger Gelassenheit und in dem sicheren Bewußtsein entgegen, daß die Berliner aus den Notwendigkeiten dieser Stadt die erforderlichen politischen Konsequenzen ziehen werden.

+ + +

Italien und der Sieg de Gaulles

P.E.Rom

Das Vorbild Frankreich ist für Italien, das zweitwichtigste lateinische Land Europas, während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts und auch noch später in kultureller wie in politischer Beziehung maßgebend gewesen. Nicht umsonst ist die italienische Staatsverwaltung bis heute ziemlich genau nach französischem Muster aufgebaut, nicht umsonst ist Französisch nach wie vor die in Italien am meisten verbreitete Fremdsprache. So konnte es nicht ausbleiben, daß der Volksabstimmungssieg de Gaulles gerade in Italien besonders starken Eindruck gemacht hat. Dies umsomehr, als sich ja mit dem Einschwenken Frankreichs in die Reihe der Staaten mit einer "Präsidialregierung" ein neuer lateinischer Block herausgebildet hat, bestehend aus dem Frankreich de Gaulles, dem Spanien Francos und dem Portugal Salazars. Diesem Block steht heute Italien als das einzige dem klassischen Parlamentarismus treugebliebene lateinische Land in Europa gleichsam isoliert gegenüber.

So ist es kein Wunder, wenn hier in jüngster Zeit vielfach die Frage laut geworden ist, ob nicht auch für Italien die Tage der parlamentarischen Demokratie gezählt seien und ob man nicht analog mit der Entwicklung in Frankreich hier ebenfalls mit dem Aufkommen neuer Formen der Staatsführung zu rechnen habe.

Zweifellos gibt es im politischen Leben Italiens Kräfte, die dergleichen seit langer anstreben und die jetzt, angesichts der Ereignisse in Frankreich, Morgenluft wittern. Hierbei wird man zunächst an die Neofaschisten zu denken haben, die den Zusammenbruch des französischen Parlamentarismus natürlich mit Jubel begrüßen. Aber auch innerhalb der christlich-demokratischen Rechten gibt es gewisse Elemente, denen seit geraumer Zeit die Schaffung eines "Ständestaates" nach portugiesischem Muster vorschwebt. Insbesondere von dem sehr einflußreichen Professor Luigi Gedda, dem Leiter der "Katholischen Aktion" in Italien, ist oft behauptet worden, er arbeite auf die Schaffung eines Salazar-Regimes hin, dem er selber eines Tages als Staatschef vorzustehen hoffe.

Die römische Tageszeitung "Il Messaggero", die als inoffizielles Sprachrohr der Regierung gilt, hat dieser Tage in einem vielbesetzten Leitartikel die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit man aus den Gescheh-

6. Oktober 1958

nissen in Frankreich Schlüsse auf die kommenden Entwicklungen in Italien ziehen könne. Dieser Artikel beginnt mit dem lapidaren Satz "Italien ist nicht Frankreich" und verweist demgemäß auf die grundlegenden Unterschiede der Gegebenheiten in beiden Ländern. Wie der "Messaggero" ausführt, lebt das demokratische System in Italien "nicht von der Gnade der Fallschirmjäger und einer Obersten-Clique", wie denn überhaupt Frankreich seit langen Jahren in eine Reihe blutiger und kostspieliger Kolonialkriege verwickelt ist, während für Italien das Kolonialproblem mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endgültig liquidiert worden ist.

Demgemäß ist es um die Staatsfinanzen Italiens weitaus besser bestellt als um die Frankreichs, und Italien ist von der Fluch der unstabilen Regierungen verschont geblieben, der in Frankreich die Autorität des ganzen parlamentarischen Systems völlig untergraben hat. Seit dem Abtreten de Gasperis von der politischen Bühne hat es in Italien bis heute insgesamt fünf Regierungen gegeben, von denen die kurzlebigste, die Regierung Pella, doch immerhin drei Monate im Amte war. Verglichen mit den Vorgängen in Frankreich in derselben Periode, kann man wohl für Italien von einer relativ erheblichen Stabilität sprechen.

Vielleicht das wichtigste Element aber, das gegen das Heraufkommen eines Diktaturregiments in Italien spricht (und das in der genannten Artikel des "Messaggero" nicht erwähnt wird), dürfte in dem völligen Fehlen von Persönlichkeiten zu finden sein, um die sich irgendein Nimbus kristallisieren könnte. Nicht einmal der Neufaschismus hat auch nur eine einzige Person herausgestellt, die man als "neuen Mussolini" präsentieren könnte. Von den heutigen Exponenten der Democrazia Cristiana genießt nicht einer wirkliche Volkstümlichkeit, der Monarchistenführer Lauro dürfte völlig abgewirtschaftet haben, und weder Togliatti noch Nenni sind geeignete Kandidaten für eine nationale "Retter"-Rolle.

Total diskreditiert ist schließlich die militärische Führungsschicht Italiens. Von den vielen Marschällen, Generälen und Admirälen, die während des Zweiten Weltkrieges eine unabsehbare Reihe von Niederlagen zu verzeichnen hatten, dürfte nicht ein einziger mit einiger Aussicht auf Erfolg den Versuch unternommen, in die Fußstapfen de Gaulles zu treten, der ja schließlich doch einmal an der Spitze einer siegreichen Armee in die Hauptstadt seines Landes eingezogen und von seinem wiederbefreiten Lande umjubelt worden ist. So hat denn auch bis heute kaum einer von den italienischen Militärs ernsthaft versucht, auf dem Boden der Politik eine maßgebende Rolle zu spielen.

Theorie und Praxis

H.E. - In einer fünfseitigen Bildreportage erläutert eine große süddeutsche Illustrierte ihren Lesern Sinn und Zweck des vierfarbigen Titelbildes ihrer 39. Ausgabe, Jahrgang 11. Darauf konnte man den Bundesinnenminister bewundern, der mit elegant aneinandergelegten Fingerspitzen - er hatte es sich nicht nehmen lassen, für die Reporter in einer Schulbank zu posieren! - seinen Stoßseufzer illustrierte, der die Unterschrift der sinnigen Szene bildete: "...mich drückt die Schulbank ...".

Sachkennern dürfte es leicht den Atem verschlagen haben. Der gleiche Mann, der als federführender Minister des Bundes in kulturpolitischen Fragen seit Jahren den Schulbau-anträgen der Opposition mit ewerner Stirn den Hinweis auf die "Nichtzuständigkeit des Bundes" entgegengesetzt hat - hier offerierte er sich der Öffentlichkeit als besorgter Mentor des in der Tat bedauerlich stiefmütterlich behandelten deutschen Schulwesens!

Gewiß, er hatte, wie im Bildtext der Reportage wiedergegeben, vor dem Bundestag erklärt: "Bildung ist kein Luxus. Bildung ist Lebensnotwendigkeit. Das Geld dafür muß mit der gleichen Dringlichkeit bereitgestellt und gefordert werden wie die Mittel für andere vordringliche Aufgaben". Was der "Quick"-Text jedoch dem Leser vorenthält, sind die Sätze, die der Herr Bundesminister in diesem Zusammenhange - in seiner Erwiderung der Großen Anfrage der sozialdemokratischen Anfrage vom 18. April dieses Jahres im Plenum des Bundestages über den Ausbau der technischen Bildungseinrichtung - weiterhin zu diesem Thema äußerte: "Man dürfen allerdings die Dringlichkeit dieser Aufgaben und der hohe Aufwand, den sie erfordert, nicht dazu verführen, daß wir uns auf finanzielle Schätzungen einlassen, die gelegentlich astronomische Ausmaße erreichen."

Diese Unverbindlichkeitserklärung seiner einleitenden - wie man jetzt sieht - vor allem für die Öffentlichkeit bestimmten programmatischen Feststellungen erinnerten unmittelbar an den Brief Dr. Schröders vom 15. Dezember 1956; damals schrieb er an den Bundestagspräsidenten D. Dr. Gerstenmaier bekanntlich jenes Schreiben, das die Entrüstung aller interessierten Kreise hervorrief: "Ich bitte ... dem Ergebnis... zu ent-

nehmen, daß Schule, Forschung, Wissenschaft und Kunst trotz der in der Bundesrepublik besonders fühlbaren Kriegsfolgenlasten den ihnen gebührenden und in Deutschland seit jeher eingeräumten Platz behauptet haben. Mit dieser Feststellung hoffe ich dazu beizutragen, daß Forderungen, die jüngst in der Öffentlichkeit erhoben worden sind, auf ein gesundes Maß zurückgeführt werden."

Dieses "gesunde Maß" hat Dr. Schröder bis zum heutigen Tage ungeachtet seiner publicity - gewandelten Rhetorik beibehalten. So, wie er den Haushaltsausschuß 1954 mit dem Vorschlag überraschte, die ohnehin minimalen Zuschüsse des Bundes für die Deutsche Forschungsgemeinschaft von 3 Millionen DM auf 2 1/2 Millionen DM herabzusetzen, wogegen dann selbst die CDU/CSU-Angehörigen des Ausschusses protestierten (... denn immerhin wurde im gleichen Haushaltsjahr der sogenannte "Reptilienfonds" von 4 1/2 Millionen auf 10 Millionen DM erhöht - von den 9 Milliarden, die für Verteidigungszwecke bereitgestellt wurden, mal ganz abgesehen!), so erklärte er in der 148. Sitzung des 2. Bundestages in Beantwortung mehrerer Großer Anfragen der SPD über das Bildungswesen: "Der Bundesregierung ist die Schulrausnot mit ihren nachteiligen Folgen bekannt. Da jedoch der Bund für Schulen nicht zuständig ist, kann er nicht unmittelbar eingreifen. Deshalb kann auch keine Hilfe des Bundes durch zweckgebundene Kredite an Schullastträger gegeben werden."

An diesem Standpunkt des Ministers hat sich bis heute nichts geändert - wenn hier von den Bundesmitteln, die inzwischen auf dem Wege über ein Verwaltungsabkommen den Ländern für den Ausbau und die Kapazitätserweiterung speziell der Ingenieur- und technischen Fachschulen gegeben werden, einmal abgesehen werden soll. Die Ausführungen Dr. Schröders zum Schulwesen am jenen besagten 18. April dieses Jahres waren rein platonisch; als er für die bessere Besoldung der Lehrer plaidierte, wurde er von der Opposition daran erinnert, daß seine Fraktion gegen die Lehrer-Besoldung gestimmt habe! Darauf Schröder: "Es handelt sich nicht um die Frage, wie sich der Bundestag oder andere Parlamente bisher in diesen Punkte verhalten haben, sondern es geht darum, was objektiv richtig ist."

Da mit dieser Feststellung bescheinigt war, daß die Bundestagsmehrheit objektiv falsche Entscheidungen getroffen hatte, soll dem Wort des Ministers nichts weiter hinzugefügt werden. Vielleicht nur nochmals die Bitte: dann aber auch nicht vor der Öffentlichkeit so tun als ob...

Zwei Appelle

sp - Von zwei Seiten, und zwar unabhängig voneinander, ist am vergangenen Wochenende erneut der Ruf gegen die Fortsetzung des atomaren Wettrüstens und der Versuche mit Atomwaffen erfolgt. Der Ruf erging vom "Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften" und von den "Bruderschaften der evangelischen Kirchen Deutschlands". Die Physiker appellierten an die politisch Verantwortlichen aller Regierungen und aller Parlamente von der Kompetenz ihres Wissens her, die Bruderschaften der evangelischen Kirchen mit der Autorität des Gewissens.

Die Physiker erklären mit tiefer Besorgnis, der kriegerische Einsatz von Atomwaffen würde das Ende von Millionen Menschen und mörderische Verheerungen durch radioaktive Versucnungen unsausweichlich nach sich ziehen. Die Bruderschaften der evangelischen Kirchen Deutschlands sagen, es sei dem Christen nach seinem Glauben verwehrt, die Vorbereitung zu einem Atomkrieg und ihn selbst zu bejahen. Ein gegenteiliger Standpunkt oder auch nur Neutralität sei Sünde. Vorbereitung zum Atomkrieg oder den Atomkrieg selbst theologisch rechtfertigen zu wollen, führe zur Irrlehre und damit zur "Verleugnung des Dreieinigen Gottes".

Das Zeugnis der Physiker und die beschwörende Mahnung der Bruderschaften der evangelischen Kirchen Deutschlands widersprechen all jenen Versuchen der Bagatellisierung, durch die der Kampf des Laien gegen den Atomtod eingeschläfert werden soll. Die wissenschaftliche und geistliche Autorität verbinden sich zu einem stärkeren Veto, als es jemals von anderer Seite ausgesprochen werden könnte. Der Geistliche, Hessens Kirchenpräsident Martin Niemöller, sagte: "Mithilfe und Vorbereitung an und für den Atomkrieg ist Mithilfe und Vorbereitung zum Mord". Die Physiker beschlossen, einen ständigen Ausschuss zu bilden, der die Öffentlichkeit und die Gesamtheit der Physiker über die Gefahren der Massenvernichtungen aufklären soll.

In einer Welt, in der es Mode geworden ist, selbst die furchtbarsten Gefahren mit stolzerrogenden Hinweisen auf den "Fortschritt" abzutun, ist es gut zu wissen, daß es starke geistige Strömungen gibt, die sich nicht in das bequeme Bett des Opportunismus lenken lassen. Diese Strömungen auch durch die praktische Politik zu stärken, ist eine große Aufgabe der Gegenwart.

Endlich: Ermittlungsstelle für KZ-Verbrechen

sp - Die Justizminister der Länder haben auf ihrer Tagung in Harzburg einen vernünftigen Beschluß gefaßt, der im In- und Ausland Genugtuung finden wird. Sie einigten sich auf die Errichtung einer zentralen Ermittlungsbehörde zur Koordination der Verfolgung nationalsozialistischer Gewalttaten. Dieser Beschluß, dreizehn Jahre nach Kriegsende, war schon lange überfällig. Zwar wurden schon früher Anläufe zur Schaffung einer solchen Behörde unternommen, aber sie blieben immer wieder in föderalistischen Bedenken stecken. Der Föderalismus ist eine gute und notwendige Sache, er sollte jedoch niemals als Deckmantel dazu dienen, Dinge nicht zu tun, oder nicht zu veranlassen, die im Interesse des ganzen Volkes getan werden müssen.

Der Sommer-Prozeß, die Eisele-Affaire, der Ulmer Prozeß und die noch zu erwartenden Prozesse machten erschreckend klar: Die Aufdeckung der in den Konzentrationslagern begangenen Scheußlichkeiten und Verbrechen war mehr oder weniger dem Zufall oder der Initiative tatkräftiger Staatsanwälte überlassen. Wieviele Massenmörder leben noch unter uns, können sich ihrer Freiheit erfreuen? Tausende von Straftaten bleiben noch ungesüht. Gewiß wäre es nicht angebracht, eine neue Entnazifizierungswelle einzuleiten, doch nichts entbindet die neue deutsche Demokratie und die bundesrepublikanischen Gerichte von ihrer Pflicht, Verbrecher zu stellen, die durch ihre schändlichen Taten Millionen Menschen Qual und Tod brachten und den Namen des deutschen Volkes mit Schande bedeckten.

Der Ermittlungsbehörde steht ein reichhaltiges Material zur Verfügung, sie braucht nicht lange danach zu suchen. Es hat mehrere Dutzend nationalsozialistischer Konzentrationslager gegeben, sie sind alle bekannt und das Dokumentenzentrum in Arolsen gibt Auskunft darüber. Bisher wurde oft als Entschuldigung gebraucht, was nicht zu entschuldigen war, nämlich daß man nicht wußte, wer Verbrechen beging und wo Massenmorde verübt wurden. Eine erschöpfende Auskunft gibt auch die Einsichtnahme in die Akten des Nürnberger Prozesses, wie auch die Unterlagen der Vereinigung der ehemals politisch-religiös und rassistisch Verfolgten.

Vielleicht wird es nicht möglich sein, alle Mörder zu fassen. Aber daß jetzt überhaupt der Versuch gemacht wird, über die Schaffung einer zentralen Ermittlungsbehörde Schuldige einer dunklen Zeit ihrer Strafe zuzuführen, läßt doch hoffen, daß die Abrechnung mit einer Vergangenheit vollzogen wird, die uns alle schwer belastete. Das verlangt schon das Gebot der inneren Selbstreinigung und die Achtung vor ewigen Werten, die in der Zeit des dritten Reiches mit Füßen getreten wurden. Unsere Jugend und die nachfolgenden Generationen werden ein besseres Gewissen bekommen, wenn sie erfahren, daß die Ausführungsorgane eines verbrecherischen Systems die verdiente Strafe des Gesetzes erhalten haben. Hoffentlich macht sich die Ermittlungsbehörde recht schnell an die Arbeit. Keine Rücksichtnahmen dürfen gelten, noch auch die bequeme Ausflucht im Dunklen zu lassen, was der Aufhellung bedarf.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel